

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rasner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Mühlischen Park 2. Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20.

Inserate: Die sechsgepaarte Nonparelletze oder deren Raum 1,50 Mark, Arbeitervermittlungen 75 Pfennig, Verbandsanzeigen 50 Pfennig pro Zeile.

Das Arbeitslosenproblem.

Die Arbeitslosigkeit, die einen Umfang angenommen hatte wie nie zuvor, ist nun in langsamem Rückgang begriffen, aber in einem Tempo, das keine Befriedigung auszulösen vermag. Die Zeit der winterlichen Ruhe in der Landwirtschaft ist beendet, und die Jahreszeit ist auch so weit vorgeschritten, daß die Bautätigkeit schon lebhaft im Gange sein könnte. Man beschäftigt sich aber immer noch mit den Projekten für die Kreditbeschaffung. Nach den Summen, die Reich und Länder für die Behebung der Bautätigkeit flüssig machen wollen, müßte man mit einer außergewöhnlich regen Bautätigkeit im laufenden Jahre rechnen. Aber noch merkt man nicht viel davon. Es ist zuviel Zeit ungenutzt verstrichen, so daß die Bauzeit auf eine zu kurze Zeit zusammengedrängt wird und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß es im Sommer wieder an Facharbeitern und an Baustoffen fehlen wird. Vom Baugewerbe sind viele andere Gewerbe abhängig, und die Erwartung, daß mit dem energischen Einsetzen der Bautätigkeit auch der allgemeine Arbeitsmarkt eine Behebung erfährt, ist nicht unbegründet.

Die Frage ist nur, ob mit einer dauernden Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen ist, oder ob nach der durch die Jahreszeit bedingten Behebung des Geschäftsganges wieder ein Rückschlag erwartet werden muß. Gute Kenner unseres Wirtschaftslebens beurteilen diese Frage recht pessimistisch. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist zweifellos viel größer als vor dem Kriege. Genaue Daten über diese Zunahme werden wir erst erfahren, wenn die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbeerhebungen vorliegen. Urachen der Steigerung sind der Abbau des stehenden Heeres, die Rückkehr zahlreicher Auslandsdeutscher, und nicht an letzter Stelle ist die durch die Inflation bewirkte ungeheure Kapitalvermehrung zu nennen, die viele frühere Rentner zwang, wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren. Eine uns vorliegende Schätzung bemerkt diesen Zuwachs an Erwerbstätigen gegenüber der Vorkriegszeit auf 4 1/2 Millionen. Davon soll die größere Hälfte auf die Selbständigen entfallen. Ein gut Teil der Zunahme der nicht selbständigen Erwerbstätigen kommt auf die Landwirtschaft, wo die ausländischen Arbeitskräfte zum Teil durch deutsche ersetzt worden sind; auf eine Million aber wird der Zuwachs geschätzt, den Handel und Industrie erfahren haben.

Das sind Schätzungen, für deren Richtigkeit nur schwer ein Beweis anzutreten sein wird. Für die Industrie, die uns hier hauptsächlich interessiert, hat man als Unterlage für eine Schätzung die von der Gewerbeinspektion regelmäßig veranstalteten Erhebungen. Hierbei werden allerdings nur die Gewerbebetriebe mit mindestens zehn beschäftigten Personen und die diesen gleichgestellten Betriebe, das sind kleine Werkstätten mit motorisch betriebenen Maschinen, erfasst. Deren Zahl hat in den letzten Jahren eine beachtliche Steigerung erfahren, nachdem sie im Jahre 1921 geringer war als vor dem Kriege. Von 1910 bis 1913 ist die Zahl der Betriebe von 282 592 auf 324 524 gestiegen. Im Jahre 1921 hatte sich diese Zahl auf 324 169 vermindert, um im Jahre 1924 auf 366 904 zu steigen. Wichtiger als die Zahl der Betriebe erscheinen in diesem Zusammenhang die Zahl und die Gliederung der beschäftigten Arbeiter, wie sie unsere Tabelle ausweist.

Zahl der Arbeiter in den Betrieben mit mindestens 10 Beschäftigten:

Jahr	Gesamtzahl der Arbeiter	Von den Arbeitern sind			
		männlich über 16 Jahre	weiblich über 16 Jahre	Jugendliche von 14-16 Jahren	Kinder unter 14 Jahren
1910	6 617 584	4 868 830	1 259 558	476 326	12 870
1911	6 935 657	5 099 154	1 317 692	505 417	13 404
1912	7 271 725	5 339 975	1 379 546	538 291	13 913
1913	7 386 173	5 409 546	1 405 621	556 840	14 166
1921	7 461 407	5 384 340	1 559 289	510 467	7 311
1922	8 215 622	5 783 711	1 846 947	574 693	10 271
1924	7 278 820	5 132 443	1 668 201	472 478	5 689

Vor dem Kriege ist die Zahl der Arbeiter von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahre 1921 war die Zahl der Beschäftigten um etwa 75 000 höher als im Jahre 1913. Das Jahr 1922 brachte einen starken Anstieg, aber im Jahre 1924 war die Zahl der Beschäftigten noch unter das Maß von 1913 herabgesunken. Dieses Auf und Ab wird natürlich von der herrschenden Konjunktur beeinflusst. Hierzu ist zu bemerken, daß das Jahr 1921 in dieser Hinsicht als Normaljahr bezeichnet werden kann, in den letzten Monaten war sogar der Geschäftsgang recht günstig. Dieser gute Geschäftsgang hat während des ganzen Jahres 1922 angehalten, das hinsichtlich des Geschäftsganges ein Rekordjahr war. Das Jahr 1924 wiederum brachte eine sehr beträchtliche Arbeitslosigkeit, die allerdings hinter der nun schon seit Monaten herrschenden noch stark zurückblieb. Berücksichtigt man diese Momente, dann möchte man doch bezweifeln, daß die Zunahme der industriellen Arbeiter-

chaft so außerordentlich ist, daß sie den Pessimismus rechtfertigt, mit dem sie vielfach beurteilt wird. Allerdings sind jetzt mehr Anwärter auf Arbeitsplätze vorhanden als vor dem Kriege, und bei der Beurteilung der Zahlen darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Umfang Deutschlands erheblich kleiner ist als vor dem Kriege.

Vollständig darf übrigens darauf hingewiesen werden, daß die von uns wiedergegebene Statistik der Gewerbeinspektion eine nach dem Kriege eingetretene Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeiterchaft erkennen läßt in der Richtung, daß die Zahl der erwachsenen Frauen eine fortgesetzte Steigerung erfährt auf Kosten der männlichen Arbeiter. Im Jahre 1913 waren von der Gesamtzahl der Beschäftigten 73,8 Prozent Männer und 19,0 Prozent Frauen über 16 Jahre. Ganz ähnlich war das Verhältnis in den drei vorausgegangenen Jahren. Im Jahre 1921 sind nur noch 72,2 Prozent der Beschäftigten Männer, aber 20,9 Prozent Frauen. Im Jahre 1922 sind es 70,4 Prozent Männer und 22,5 Prozent Frauen. Und diese Entwicklung schreitet fort, so daß im Jahre 1924 der Anteil der Männer auf 70,5 Prozent zurückgeht, während der der Frauen auf 22,9 Prozent gestiegen ist. Zur Erklärung für die Steigerung der Zahl der erwerbslosen Familienväter ist dieses Moment nicht ohne Bedeutung.

Bei der Beurteilung der Frage, ob für die derzeitige vorhandene Arbeitermassen Beschäftigungsmöglichkeit geschaffen werden kann, spielt die Rationalisierung der Arbeit eine wichtige Rolle. Die Arbeiterchaft tritt für Rationalisierung der Wirtschaft und der Betriebe ein. Das heißt für die möglichste Ausschaltung jedes Leerlaufs. Im Effekt bedeutet das eine Verminderung des Arbeiterbedarfs. Die Arbeiterchaft ist sich, wenn sie für Rationalisierung eintritt, der Bedeutung dieser Forderung wohl bewußt, sie bekundet diese Selbstverleugnung aber nicht etwa zu dem Zweck, um dem Unternehmertum größere Gewinne zuzuschlagen, sondern um unsere Wirtschaft auf den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit zu bringen. Eine leistungsfähige Wirtschaft kann billiger produzieren. Das steigert den Verbrauch, was sich wiederum, trotz der arbeitssparenden Maschine und ebensolcher Betriebs- und Wirtschaftsorganisation, in einem stärkeren Bedarf an Arbeitskräften auswirkt.

Rationelle Betriebs- und Wirtschaftsführung bewirkt zunächst einen verminderten Bedarf an Arbeitern. Sie ermöglicht aber, den Beschäftigten einen Lohn zu zahlen, der wesentlich über dem heute üblichen Lohnniveau liegen muß. Der Gesamtwirtschaft, die aus der Rationalisierung Gewinn zieht, erwächst zugleich die Pflicht, die Arbeitskräfte, die zeitweilig aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet sind, ausreichend zu unterstützen, um deren Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die Fürsorge für die Erwerbslosen darf nicht als Wohltat und Gnadenenergie betrachtet werden, wobei sorgfältig darauf geachtet wird, daß nicht zuviel geschieht. Die Erwerbslosen haben ein Recht auf ausreichende Fürsorge, und die Gesamtwirtschaft hat die unabwiesbare Pflicht, den Erwerbslosen die Existenz zu sichern. Dieses Problem muß die Gesetzgebung mit größter Beschleunigung lösen. Das Herumkurieren an dieser Frage mit oft wechselnden, aber immer unbefriedigenden Berordnungen ist unerträglich. Wir befinden uns in einer Übergangszeit und müssen damit rechnen, daß auch bei einer Behebung der Wirtschaft immer noch eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen übrigbleibt.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Zeitpunkt näherrückt, wo sich der große Geburtenausfall während der Kriegszeit in der Wirtschaft auswirken beginnen wird. Gegenwärtig sind die geschwächten Geburtenjahrgänge noch im schulpflichtigen Alter. Nach angestellten Berechnungen werden im Jahre 1928 etwa 1,3 Millionen schulentlassene Kinder ins Erwerbsleben treten. Diese Zahl wird sich im Jahre 1930 auf 0,7 Millionen vermindern und in den folgenden Jahren noch kleiner werden. Für die Zeit, wenn diese Rekruten des Wirtschaftslebens nach einigen Jahren die volle Erwerbsfähigkeit erlangt haben, wird ein starker Arbeitermangel befürchtet, und jetzt schon wird eifrig auf die Notwendigkeit hingewiesen, der Ausbildung des Nachwuchses gesteigerte Aufmerksamkeit zu widmen, um den erwarteten Ausfall an der Zahl der Facharbeiter durch höhere Leistungsfähigkeit der vorhandenen soweit als möglich auszugleichen.

Diesen Hinweisen soll nicht widersprochen werden. Ist doch die Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses eine Aufgabe, der ganz unabhängig von der hier ange deuteten Unregelmäßigkeit in der Bevölkerungsbewegung unausgesetzt die gebührende Beachtung zugewendet werden muß. Der anscheinend jetzt und noch für eine absehbare Zeit bestehende Überschuss an Erwerbstätigen ist ein Problem, das notwendig im Zusammenhang mit dem in einigen Jahren zu erwartenden Ausfall an Zuwachs betrachtet werden muß. Und an diese Jahre des Ausfalles werden sich weitere Jahre verstärkten Andranges anschließen. Für eine Volkswirtschaft, die sich auf weite Sicht einstellt, zeigen sich hier Schwierigkeiten, die nur sehr schwer zu lösen sein dürften.

Das wichtigste bleibt bei alledem die Behebung der augenblicklichen Not. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer groß, und wenn auch für die nächste Zeit ein Rückgang zu erwarten ist, so besteht doch die nur zu begründete Befürchtung, daß der Geschäftsgang nicht die Behebung erfahren wird, die notwendig ist, um das gesamte Heer der Arbeitslosen aufzufangen. Hier setzt unsere Forderung ein, nämlich Steigerung der Kaufkraft der Massen. Nationale Betriebsführung und scharfe Kalkulation ermöglichen eine Senkung der Preise, aber auch eine Steigerung der Löhne. Diese muß vor allem in Rechnung gestellt werden und den Vorrang haben vor der Steigerung des Unternehmensgewinnes, der soweit wie möglich zu beschränken ist. Die Steigerung der Kaufkraft der Massen erhöht die Nachfrage und wirkt deshalb belebend auf die Produktion. Der Bedarf an Arbeitern hebt sich, und so schwindet allmählich die Zahl der Arbeitslosen. Inzwischen aber muß die Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege der Gesetzgebung in einer Weise geregelt werden, die den Arbeitslosen einen ausreichenden Lebensunterhalt sichert.

England bleibt bei der zollfreien Bürsteneinfuhr

England ist das klassische Land des Freihandels. Bis zum Jahre 1915 stand der englische Markt allen Ländern unbeschränkt offen, jedes Land konnte einführen, was es wollte und soviel es wollte. Nur einige wenige Genussmittel unterlagen einem geringen Einfuhrzoll, einem sogenannten Finanzzoll, das heißt der Zoll war gedacht als Einnahmequelle des Staates. Sogenannte Schutzzölle, das sind Zölle, die die heimische Industrie vor unerwünschter Konkurrenz des Auslandes schützen sollen, gab es vor dem Weltkrieg in England nicht. Erst 1915 wurden solche Schutzzölle, die sogenannten Mac-Kenna-Zölle, eingeführt. Dem Schutz Zoll unterlagen zunächst nur wenige Waren, die durch den hohen Zollsatz von 33 1/2 Prozent des Wertes aber fast völlig vom englischen Markt ferngehalten wurden und noch werden. Die Arbeiterregierung Macdonald hob im August 1923 die Mac-Kenna-Zölle auf, die bald darauf wieder ans Ruder gekommene konservative Regierung führte sie aber sofort wieder ein. Seit dieser Zeit ist die englische Schutz zollbewegung ständig im Wachsen. Die Unternehmer fordern Maßnahmen gegen unerwünschte Einfuhr, ihr Ziel ist eine Zollpolitik, wie sie alle übrigen europäischen und die meisten außereuropäischen Staaten zum Schaden ihres eigenen Volkes und der ganzen Welt betreiben. Die englische Regierung lehnt das ab, nur in den nach ihrer Meinung begründeten Fällen erklärt sie sich für die Einführung eines Schutz zolles.

Wenn in England eine Unternehmerrgruppe ihre Industrie durch Zölle geschützt haben will, muß sie dem Handelsamt einen entsprechenden Antrag einreichen. Wenn dieses der Meinung ist, daß a) die antragstellende Industrie hinsichtlich ihrer Arbeiterzahl und ihrer Erzeugnisse von wesentlicher Bedeutung für die allgemeine Wirtschaft ist, b) daß eine außergewöhnliche Einfuhr der ausländischen Konkurrenzindustrie und infolgedessen eine Schädigung der englischen Industrie vorliegt und c) die Auslandskonkurrenz unfair ist, wird eine Kommission eingesetzt, die den Antrag auf seine Berechtigung eingehend zu prüfen hat. Bei dieser Prüfung, für die das Handelsamt allgemeine Richtlinien aufgestellt hat, fallen die meisten Anträge auf Einführung eines Schutz zolles unter den Tisch. Lehnt die Kommission den Antrag ab, so ist er in der Regel endgültig erledigt; das letzte Wort hat jedoch das Handelsamt und später das Parlament. Findet ein Antrag die Zustimmung der Kommission, dann ist damit zu rechnen, daß die oberen Instanzen ihn gleichfalls annehmen, er wird also Gesetz.

Zu den englischen Unternehmerrgruppen, die einen Schutz zoll fordern, gehören auch die Bürstenfabrikanten. Sie verlangen auf Auslandware einen Zoll von 75 Prozent des Wertes. Die vom Handelsamt eingesetzte Kommission hat die Forderung der Bürstenfabrikanten abgelehnt. Der „Reichsverband deutscher Bürstenfabrikanten G. R.“ (Freiburg in Baden) veröffentlicht in der „Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammfabrikation“ den Kommissionsbericht; dieser Bericht ist ein sehr interessantes und lehrreiches Dokument.

Die Kommission hatte zunächst zu prüfen, ob die englische Bürstenindustrie hinsichtlich ihrer Arbeiterzahl und ihrer Erzeugnisse von wesentlicher Bedeutung ist. Das wurde bejaht. Die Bürstenindustrie beschäftige normalerweise 12 000 bis 13 000 Arbeiter, außerdem noch eine beträchtliche Anzahl von Nebearbeitern (ob damit Hilfsarbeiter oder Heimarbeiter gemeint sind, ist nicht klar erkennbar). Die zweite Frage war: Werden Bürstenwaren in abnormen Mengen nach England eingeführt? Nach der Einfuhrstatistik wurden 1913 1 848 819 Duzend Bürsten nach England eingeführt. Die nächsten Jahre brachten einen Rückgang, erst von 1923 an steigt die Einfuhr; in diesem Jahre betrug sie 3 687 070 Duzend. Dann folgte wieder ein Rückgang; 1924 betrug die Einfuhr 3 487 659 und 1925 (Januar bis Oktober) 3 176 468 Duzend. (Das Gesamtergebnis für 1925 ist noch nicht bekannt, es wird das von 1924 aber kaum über-

selben.) Ein Vergleich der Einfuhrmengen von 1913 und 1925 ergibt, daß England heute eine viel stärkere Bürsteneinfuhr hat als vor dem Weltkriege. Die englischen Bürstenfabrikanten behaupten, daß 1924 die Bürstenwareneinfuhr 52 Prozent der heimischen Produktion ausgemacht hat, gegen nur 32 Prozent im Jahre 1913. Die Kommission bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptung. Sie hat eine andere Rechnung aufgemacht, die den Wert der heimischen Produktion in Vergleich stellt zu dem Wert der Einfuhr. Diese Rechnung ergibt, daß der Einfuhrwert 1907 18,5 Prozent, 1913 21,7 Prozent und 1924 18,3 Prozent des Wertes der heimischen Produktion ausmacht. Auf Grund dieser Feststellung kommt die Kommission zu dem Schluss, daß die Bürstenwareneinfuhr im ganzen nicht als anormal bezeichnet werden kann, es stehe vielmehr fest, daß der Einfuhrwert 1924 ein wenig niedriger war als vor dem Weltkriege.

Wie die englischen Arbeiter im allgemeinen, leiden auch die Bürstenarbeiter seit langem an einer großen Erwerbslosigkeit. Jedemal im Oktober waren erwerbslos: 1923 11,8, 1924 11,5 und 1925 12 Prozent der versicherten Bürstenarbeiter. Im September 1925 betrug der Prozentfuß 14,4; in diesem Monat erreichte die Erwerbslosigkeit ihren höchsten Stand. Die Kommission führt die Erwerbslosigkeit in der Hauptsache auf die ausländische Konkurrenz zurück.

Aus der Zahlenübersicht über die Beteiligung der einzelnen Länder an der Bürsteneinfuhr in England geht hervor, daß 1913 Deutschland an erster Stelle stand, inzwischen ist es von Belgien verdrängt worden. Dann folgt in kleinem Abstände Japan. Die anderen noch in Frage kommenden Länder, wie Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei, führen nur ganz unbedeutende Mengen Bürstenwaren nach England aus. Die Kommission hat nun umfangreiche Untersuchungen darüber angestellt, ob in den Konkurrenzländern Verhältnisse vorliegen, die eine unfaire Konkurrenz ermöglichen. Eine unfaire Konkurrenz liegt vor, wenn die Ausfuhr durch Entwertung der Währung oder durch Prämien oder sonstige künstliche Maßnahmen des Staates gefördert wird, und drittens, wenn im Konkurrenzland die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse ungünstiger sind als in England. Die zwei ersten Voraussetzungen treffen nach der Feststellung der Kommission nicht zu. Über die Arbeitszeit und die Löhne in den Hauptkonkurrenzländern sind eingehende Untersuchungen vorgenommen worden. In England und Deutschland beträgt die normale Wochenarbeitszeit 48 Stunden, über Belgien werden keine Angaben gemacht, und für Japan wird eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden angenommen. Über die Vertragslöhne unterrichtet folgende Zusammenstellung:

	England			Deutschland			Belgien Hauptstadt der Industrie, 13000 Einwohn.	Japan
	alle Orte	A	B	C	A	B		
Gelernte Arbeiter	123	77	71	65	65	67		
Ungelernte Arbeiter	96	69	64	59	50	56		
Gelernte Frauen	56	54	50	46	?	31		
Ungelernte Frauen	?	49	45	41	?	25		

In dem Kommissionsbericht sind die Löhne in englischer Währung angegeben, wir haben zum besseren Verständnis unserer Leser diese in Pfennige umgerechnet. In England, Deutschland und Belgien handelt es sich um tariflich festgesetzte Mindestlöhne, in Japan um Löhne, die Durchschnittsarbeitern gewöhnlich gezahlt werden. Auf Grund des vorliegenden Sachverhalts stellt die englische Kommission fest, daß die in England gezahlten Bürstenarbeiterlöhne um mehr als 50 Prozent höher sind als in einem anderen der drei genannten Konkurrenzländer. Bei den Facharbeitern ist das Verhältnis sogar noch viel ungünstiger. Die Zusammenstellung zeigt auch, was von dem Gesetze der deutschen Bürstenfabrikanten über die „hohen Löhne“ zu halten ist. Die Mehrzahl der deutschen Facharbeiter arbeitet in den Orten der Ortsklasse C, und hier ist der Lohn nicht höher als in Belgien, aber niedriger als in Japan. Es ist anzunehmen, daß die Facharbeiter in den größeren belgischen Orten mindestens so gut bezahlt werden wie die in den größeren deutschen Orten. Bei den ungelerten Arbeitern besteht eine größere Differenz, diese ist aber bei weitem nicht so groß, daß die deutschen Unternehmer das Recht hätten, ihren Lohnabbau mit den „niedrigen Löhnen“ des Auslandes zu begründen. Somit, nachdem die Unternehmer in einer Reihe von Orten einen Lohnabbau erzwingen haben, darf man behaupten, daß die Bürstenarbeiter nirgends so schlecht bezahlt werden wie in Deutschland.

Die Kommission hat auch die Frage geprüft, ob die Qualität der ausländischen Bürsten besser ist als die der englischen. Das wird verneint. Es heißt in dem Bericht: „Wir fanden auch, daß in den meisten Fällen die von den britischen Fabrikanten vorgelegte Bürste, als nächstvergleichbare eigenen Fabrikats, in der Qualität dem importierten Artikel entschieden überlegen war. Daraus und aus anderen Tatsachen gewannen wir den Eindruck, daß der importierte Artikel in Qualität dem einheimischen Produkt ganz bedeutend unterlegen ist, und in Rücksicht darauf sehen sie also nicht in diesem Konkurrenz zweig.“ Dieses Urteil über die deutsche Bürstenindustrie ist nicht gerade schmeichelhaft.

Die Kommission kam am Ende ihrer Untersuchung zu dem Schluss, der Antrag der Bürstenfabrikanten auf Einführung eines Schutzzolls in Höhe von 75 Prozent des Wertes muß abgelehnt werden. Daß die englische Bürstenindustrie unter der ausländischen Konkurrenz leidet, wird zugegeben, aber sie habe die Möglichkeit, sich dieser Konkurrenz durch Herabsetzung der Preise und Erhöhung von Qualitätsware entgegen zu stellen. Berechtig ist vielleicht ein Zoll auf japanische Holzbürsten. Die Kommission ist aber nicht in der Lage, diesen Zoll selbst auf Holzbürsten anzunehmen, da Japan uns überlegt haben, daß eine Preisserhöhung sich als Verhängnis des Gewerbes in den unteren Volksschichten auswirken würde.“ Das ist eine Begründung, die zu hören läßt, und die man in Deutschland gern einmal

hören würde. Bei uns wird auf das Volk keine Rücksicht genommen, die Unternehmer fordern hohe Zölle, und die Regierung beizt sich, diese einzuführen. Was aus dem Volk wird, darum kümmert sich weder das Unternehmertum noch die Reichsregierung.

Die deutschen Bürstenarbeiter freuen sich über die Ablehnung der Schutzollforderungen der englischen Bürstenfabrikanten. Wäre deren Antrag angenommen worden, dann bedeutete das einen schweren Schlag für die deutsche Bürstenindustrie.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Wie steht es um unsere Ausfuhr?

Bei den Untersuchungen über die Wirtschaftslage spielt der Stand der Ausfuhr eine große Rolle. Der Ausfuhrwert von 1913 wird zu dem von heute in Vergleich gestellt — das Ergebnis ist ein erschreckend großer Rückgang unserer Ausfuhr. Daß 1913 als Vergleichsjahr genommen wird, scheint als berechtigt, denn es gilt als das letzte normale Wirtschaftsjahr vor dem furchtbaren Weltkriege. In Bezug auf die Konjunktur war 1913 aber kein richtiges Normaljahr. Die Jahre 1911 bis 1913 waren eine Zeit bester Hochkonjunktur für Deutschland und die ganze Welt. Der internationale Handel blühte wie nie zuvor. Von 1910 auf 1913 erhöhte sich der Wert der deutschen Ausfuhr von 8058 Millionen Mark auf 10 095 Millionen Mark. Im Jahre 1925 betrug der Ausfuhrwert nur noch 8792 Millionen Mark. Rechnet man diesen Betrag auf den Friedenwert um, bleiben noch etwa 6600 Millionen Mark. 1913 also 10 095 Millionen und 1925 nur 6600 Millionen Mark.

So kann man aber nicht rechnen. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß 1913 ein Jahr der Hochkonjunktur war, das mit 1925 nicht verglichen werden kann. Weiter ist zu beachten, daß die Ausfuhrzahlen für 1925 die Sachleistungen auf Reparationskonto nicht mit umfassen. Werden diese hinzugerechnet, erhöht sich der Ausfuhrwert um etwa 500 Millionen Mark. Endlich aber ist die Ausfuhrleistung eines Volkes von 67 Millionen (1913) nicht mit der eines Volkes von 62,5 Millionen (heutige Einwohnerzahl Deutschlands) vergleichbar. Berücksichtigt man alle diese Umstände, so wird man zugeben müssen, daß die Ausfuhrzahlen von 1913 und 1925 nicht ohne weiteres vergleichbar sind.

Will man den Ausfuhrwert von heute und früher vergleichen, muß der Ausfuhrwert im Durchschnitt mehrerer Jahre zum Vergleich herangezogen werden. Auf diesen Umstand hingewiesen zu haben, ist ein Verdienst des bekannten Großindustriellen Robert Friedländer, der sich in der „Vossischen Zeitung“ vom 17. März mit der „Exportlegende“ seiner Kollegen und ihrer Wissenschaftler beschäftigt. Friedländer vergleicht die Normalperiode 1907 bis 1910 mit der Hochkonjunkturperiode 1911 bis 1913 und dem „Sicherenjahr“ 1925. Das Ergebnis seiner Untersuchung zeigt folgende Zusammenstellung:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Millionen	Pro Kopf	Millionen	Pro Kopf
1911 bis 1913	66,2	10400	156	9300
1907 bis 1910	63,3	8500	134	6800
1925	62,5	9000	142	7000

Danach hat Deutschland 1925 dem Werte nach mindestens soviel Waren ausgeführt wie in der Normalperiode 1907 bis 1910. Im Vergleich zur Hochkonjunkturperiode 1911 bis 1913 ist ein Rückgang festzustellen, der aber bei weitem nicht so groß ist, wie die Unternehmer und ihre Wissenschaftler ständig behaupten. Besonders erfreulich ist, daß in den letzten Jahren die Ausfuhr von Vierteljahr zu Vierteljahr zugenommen hat. Auf Kriegswerte umgerechnet betrug der Ausfuhrwert (ohne den Wert der Sachleistungen auf Reparationskonto) in den einzelnen Vierteljahren 1924 und 1925:

	1924	1925
1. Vierteljahr	1131 Mill. Mk.	1550 Mill. Mk.
2. Vierteljahr	1146 Mill. Mk.	1568 Mill. Mk.
3. Vierteljahr	1331 Mill. Mk.	1690 Mill. Mk.
4. Vierteljahr	1543 Mill. Mk.	1828 Mill. Mk.

Diese Entwicklung gibt keinen Anlaß zur Verzweiflung. Wenn die Unternehmer und ihre Wissenschaftler trotzdem unsere Zukunft grau in grau malen, so verfolgen sie damit einen ganz bestimmten Zweck. Herr Friedländer schreibt sehr richtig: „In der Verbreitung von Wirtschaftspessimismus liegt System. Es soll nicht besser werden — oder zumindest soll der deutsche Michel es nicht erfahren. Denn wenn er erst wieder vorwärts denkt und an seine Zukunft glauben lernt, dann kehrt er wohl eines Tages allen Rückwärtspantasten entschlossen den Rücken.“ Diese Zeit kommt hoffentlich recht bald.

Ein Gesetzentwurf für den Arbeiterurlaub in Frankreich.

Die französische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf für den Arbeiterurlaub vorgelegt. Alle Arbeiter, die sechs Monate in demselben Betriebe beschäftigt sind, haben einen Rechtsanspruch auf vier Ferientage. Bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr gibt es acht, nach zwei Jahren mindestens 15 Ferientage. Für Jugendliche unter 18 Jahren und für Arbeiter in gesundheitsschädlichen Industriezweigen beträgt die Feriendauer 6 bzw. 12 bzw. 22 Tage. Für die Ferientage hat der Unternehmer den üblichen Lohn weiterzuzahlen. Bei Entlassung behält der Arbeiter seinen Anspruch auf Urlaub. Der wegen Krankheit, Mutterschaft oder aus anderen Gründen gewährte Urlaub darf in die jährliche Urlaubszeit nicht eingerechnet werden. Eine Abkündigung der Ferien durch Geld ist unzulässig, wie auch den Arbeitern verboten ist, während des Urlaubs gegen Entgelt zu arbeiten.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 15. Monatsbeitrag für die Woche vom 4. April bis 10. April 1926 fällig geworden.
Berlin S.O. 16, am 25. April 1926, Nr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Unsere Lohnbewegung.

Für den Landesbezirk Rheinland-Westfalen fanden am 30. März Verhandlungen wegen Verlängerung des Lohnabkommens vom Juni 1925 statt. Nachdem die Parteil. Verhandlungen zu keiner Verständigung geführt hatten, trat das Bezirksarbitrat unter Vorsitz des stellvertretenden Schlichters, Herrn Klostermann, zusammen. Dieser machte einen Einigungsvorschlag, nach welchem das alte Lohnabkommen erstmalig mit der üblichen Frist zum 31. Juli 1926 gekündigt werden darf. Das Abkommen wird also bis zu diesem Termin verlängert. Vom 1. April an gilt für die Orte Essen und Dortmund der Vertragslohn der ersten Ortsklasse und für Münster der Lohn der dritten Ortsklasse. Der Einigungsvorschlag wurde von beiden Parteien angenommen.

Im Landesbezirk Lippe-Deimold ist an dem in der vorigen Nummer geschilderten Zustand keine wesentliche Änderung eingetreten. Die Firma Phönix-Werke in Detmold hat durch Anschlag bekanntgemacht, daß der Spitzenlohn für Facharbeiter von jetzt an nur noch 75 Pf. betrage. Die Kollegen dieses Betriebes befinden sich im Abwehrkampf.

In Harburg wurde das seit herige Lohnabkommen für die Modellistler bis zum 14. September 1926 verlängert.

In Rudenwalde hat die Pianofabrik Gebrüder Klendorf A.-G. den Betrieb geschlossen, weil die Kollegen sich weigerten, einen 20prozentigen Lohnabbau unterschrieben anzuerkennen. Nachdem die Vermittlungen des Schlichtungsausschusses, die Differenzen durch Schiedsprüche beizulegen, gescheitert sind, sucht die Firma im Ausland Arbeitskräfte. Die „Reichenberger Zeitung“ (Tschschostowafel) enthält in ihrer Nummer vom 30. April ein großes Inserat, mit welchem Gebr. Klendorf Klavierarbeiter „bei hohen Akkordlöhnen und voller achtstündiger Arbeitszeit suchen“. Was es mit dem Versprechen von hohen Akkordlöhnen auf sich hat, zeigt die Lohnabbauwit der Firma. Beachtenswert ist, daß Gebr. Klendorf für ausländische Arbeiter volle Beschäftigung haben, die deutschen Arbeiter werden auf die Straße geworfen, wenn sie sich der Willkür des Unternehmers nicht fügen. Die ausländischen Kollegen lehnen es ab, bei der Firma Gebr. Klendorf den Lohnrücker zu machen.

Aus der Holzindustrie.

Ausfuhrsperr für Rundholz in Österreich?

Österreich gehört zu den waldbereichsten Ländern Europas. Seine Waldfläche ist 3 150 000 Hektar groß, das sind 37,5 Prozent der Fläche des ganzen Staatsgebietes. Auf jeden Einwohner kommen 0,48 Hektar Wald gegen 0,22 Hektar in Deutschland. Der jährliche Ertrag der österreichischen Wälder wird auf 10 Millionen Festmeter einschließlich des Brennholzes geschätzt; über die Rugholzmenge allein gibt es keine zuverlässigen Angaben. Die in der Holzindustrie beschäftigten Personen werden auf 140 000 geschätzt. Von den 41 022 der Unfallversicherung unterstehenden Betrieben entfallen 11 502 auf die Holzindustrie. Aus diesen beiden Zahlen geht hervor, daß die Holzindustrie ein wichtiger Zweig der österreichischen Wirtschaft ist. Industrielle Sägewerksbetriebe gibt es 2339, außerdem sind noch über 4000 sogenannte Wasser- und Bauernsägewerke vorhanden. Über die Größe und wirtschaftliche Bedeutung der letzteren Werke sind wir nicht unterrichtet, man wird aber annehmen können, daß es sich um kleinere Sägewerke handelt, wie sie auch in Deutschland zahlreich anzutreffen sind. Von den 2339 größeren und großen Werken haben ihren Sitz 4 in Wien, 97 in Borsarlberg, 163 in Salzburg, 237 in Niederösterreich, 239 in Tirol, 371 in Oberösterreich, 468 in Kärnten und 760 in der Steiermark. Die Zahl der in den Sägewerken beschäftigten Arbeiter ist uns nicht bekannt.

Österreich ist trotz seiner umfangreichen Holzindustrie ein Holzüberschußland, das heißt, seine Wälder liefern alljährlich mehr Holz, als die heimische Wirtschaft verbrauchen kann. Große Mengen Holz und Holzwaren gehen ins Ausland. Wie alle anderen Staaten, ist auch Österreich bestrebt, möglichst viel Fertigwaren auszuführen. Dieses Vorhaben scheitert an dem Bestreben wieder aller Staaten, die Einfuhr von Fertigwaren soweit wie möglich zu beschränken; sie legen den Hauptwert auf die Einfuhr von Rohstoffen, in unserem Falle auf Rundholz. Österreich hat in den letzten Jahren größere Mengen Rundholz ausgeführt, sehr gegen den Willen der Sägewerksindustrie. Die Sägewerksunternehmern liegt am meisten an der Schnittholzausfuhr. Es ist ihnen auch gelungen, die Schnittholzausfuhr wesentlich zu steigern. Im Jahre 1920 betrug die Ausfuhr 321,7 tausend Tonnen, 1924 aber 961,5 tausend Tonnen. Über die Ausfuhr im Jahre 1925 liegen noch keine amtliche Zahlen vor, man wird aber annehmen können, daß sie nicht wesentlich hinter der Menge von 1924 zurückbleibt. Die Rundholzausfuhr stieg in der Zeit von 1920 bis 1924 von 30,9 tausend auf 173,4 tausend Tonnen. 1925 wird wahrscheinlich ein kleiner Rückgang eingetreten sein. Der Sägewerksindustrie ist die Rundholzausfuhr noch viel zu groß, sie fordert eine starke Beschränkung, ja ein völliges Verbot der Ausfuhr von Rundholz. Mit dieser Forderung ist sie bisher nicht durchgekommen, die Regierung hat sich auf die Seite der Waldbesitzer gestellt, deren bestes Geschäft wieder die Rundholzausfuhr ist.

Ob die Regierung den Forderungen der Sägewerksunternehmer noch lange Widerstand leisten wird, erscheint fraglich, nachdem nun auch die Holzarbeiter mit der gleichen Forderung kommen. Das Verbandsorgan unserer österreichischen Kollegen, „Der Holzarbeiter“, beschäftigt sich in letzter Zeit wiederholt mit der Wirtschaftslage in der Sägewerksindustrie, und seine Betrachtungen klingen aus in die Forderung: Beschränkung der Rundholzausfuhr. Nach den Mitteilungen des „Holzarbeiters“ liegen zahlreiche Sägewerke still, andere arbeiten mit stark verkürzter Arbeitszeit. In Niederösterreich haben von den 237 Sägewerken nur noch 67 volle Beschäftigung, die übrigen liegen meistens still. Unter den stillgelegten Werken befinden sich solche mit 7, 9 und 10 Gättern. In Oberöster-

reich liegt die Hälfte der zahlreichen Werke völlig still. Ebenso schlimm liegen die Verhältnisse in den anderen Bezirken. Der größte Teil der Sägewerksarbeiter ist erwerbslos, liegt hungernd auf der Straße.

Unsere österreichischen Kollegen führen die schlechte Wirtschaftslage der Sägewerksindustrie auf die Rundholzausfuhr zurück. Am 26. Februar schrieb der „Holzarbeiter“:

„Die Hauptbeschäftigungsmöglichkeit der österreichischen Sägewerksindustrie ist vom Export abhängig. Und dieser ist zum Stillstand gekommen. Die Ursache, warum wenig Schnittware ausgeführt wird, liegt in der Rundholzausfuhr. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch in den Exportländern die Holzverarbeitenden Gewerbe nicht voll beschäftigt sind. So namentlich in Deutschland. Aber der Hauptgrund der großen Arbeitslosigkeit in der österreichischen Sägewerksindustrie ist in der starken Ausfuhr von Rundholz zu suchen. Seit Jahr und Tag fordern wir von der Regierung das Verbot der Rundholzausfuhr respektive die Einschränkung der Ausfuhr auf ein Mindestmaß ohne Schädigung der Sägewerksindustrie und eine Ausfuhrabgabe von 4 Goldkronen zum Schutz der heimischen Industrie.

Während in Österreich die Sägewerke in großer Zahl stillstehen, verarbeiten im Ausland die Betriebe das österreichische Rundholz. Das Ausland hat zur Förderung der heimischen Industrie Schutzzölle aufgerichtet. Während der Zoll für das Rundholz zum Beispiel in Deutschland nur 60 Pf. (richtig ist 72 Pf.) beträgt, beträgt er für Schnittholz 6 Mk., also auf die Schnittware ein zehnfach so hoher Zoll.“

Daß die österreichische Sägewerksindustrie eine schwere Krise durchmacht, ist unbestritten. Worauf ist diese zurückzuführen? Die Österreicher nennen als Ursache den heutigen Stand der Schnittholzausfuhr. Wir legen starke Zweifel in die Richtigkeit dieser Behauptung. 1924 führte Österreich 173,4 tausend Tonnen Rundholz und 961,5 tausend Tonnen Schnittholz aus. Kann man da wirklich von einer winzig kleinen Schnittholzausfuhr reden? Wir bestreiten das. Würde Österreich seine Rundholzausfuhr ganz einstellen, dann würde dadurch die Geschäftslage in der Sägewerksindustrie kaum merklich beeinflusst. Oder glaubt jemand, daß die 173,4 tausend Tonnen Rundholz, die im Jahre ausgeführt werden, ausreichen, um den zahlreichen, heute stillliegenden Werken dauernde Beschäftigung zu geben? In Österreich liegen die Dinge anscheinend ähnlich wie in Deutschland: Es gibt viel zu viele Sägewerke. Das ist die tiefere Ursache der Krise sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Die Mittel und Wege, die in beiden Ländern empfohlen werden, um aus diesem Zustand herauszukommen, führen nicht zum Ziel. So wenig der deutschen Sägewerksindustrie mit einer Einfuhrsperre für Schnittholz geholfen werden kann, so wenig hilft der österreichischen Sägewerksindustrie eine Ausfuhrsperre für Rundholz.

Deutschland braucht aus Österreich Schnittholz und Rundholz, und zwar in dem heute üblichen Verhältnis. Wir wünschen nicht den Untergang der österreichischen Sägewerksindustrie, die deutsche soll aber auch leben. Würden alle Länder, auf deren Rundholz die deutsche Sägewerksindustrie in großem Umfang angewiesen ist, wenn sie leben und arbeiten will, die Rundholzausfuhr sperren, dann müßten einige zehntausend deutsche Sägereiarbeiter ihren Beruf endgültig aufgeben, und einige tausend Werte kämen zum dauernden Stillstand. Wir sind der Meinung, daß der Arbeiterchaft diesseits und jenseits der deutschen Grenze auf die Dauer am besten damit gedient ist, daß weder der Einfuhr noch der Ausfuhr künstliche Grenzen gezogen werden. Ein- und Ausfuhrzölle und Ein- und Ausfuhrverbote sind solche künstlichen Grenzen.

Heimarbeiterelend in der Korbwarenindustrie.

Aber das Elend der Heimarbeiter der fränkischen und thüringischen Korbwarenindustrie hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ wiederholt aufsehenerregende Schilderungen gebracht. Daß das Heimarbeiterelend entsetzlich groß ist, beweist die Tatsache, daß selbst einige Unternehmer dagegen ankämpfen. Zu diesen gehört der Vorsitzende der Korbmacher-Zwangsinnung für den Amtsgerichtsbezirk Coburg, Herr Carl Krüger. Herr Krüger hat wiederholt gegen das Heimarbeiterelend öffentlich Stellung genommen. Seine Hoffnung, durch Erreichung einer Zwangsinnung eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen, hat getrogen. Die Zustände werden immer schlimmer, unerträglicher. Jetzt veröffentlicht Herr Krüger in der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ eine „Kritische Betrachtung über die Krebschäden in der Korbmacherei“. In Ober- und Unterfranken und Thüringen lägen die Verhältnisse so, daß die Korbwarenindustrie zugrunde gehen müsse, wenn dem Heimarbeiterelend nicht sofort und ernstlich gesteuert werde. Was soll getan werden? Herr Krüger schreibt wörtlich:

Von den gesetzgebenden Körperschaften muß mit allem Nachdruck eine Radikalkur verlangt werden, die darin besteht, daß erstens die Hausindustrie ohne Umfischweise unter das Arbeitszeitgesetz fällt, zweitens ein striktes Verbot der Kinderarbeit unter 12 Jahren erlassen wird. Kinder von 12 bis 14 Jahren dürfen täglich nur vier Stunden beschäftigt werden, verheiratete Frauen (auch die Frauen der Hausgewerbetreibenden) nicht länger als sechs Stunden, auch darf die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht über 7 Uhr abends ausgedehnt werden. Es muß gefordert werden im Interesse des Berufs, daß bei Übertretung nur Gefängnisstrafe eintritt, da Geldstrafen nicht beizutreiben sind, weil der größte Teil selbst für 3 Mk. nicht pfändbar ist.

In diesem Korbmacherbezirk sind etwa 15 000 Personen beschäftigt. Solange rege Nachfrage nach ihren Erzeug-

nissen war, hatten sie alle flott zu tun. Die Nachfrage läßt seit langem aber stark nach, so daß nur noch für einen kleinen Teil der Korbmacher Beschäftigung vorhanden ist. Da die Korbmacherfamilien von der Hand in den Mund leben, müssen sie ständig Beschäftigung haben, wenn sie nicht verhungern wollen. Also beginnt die Jagd nach Aufträgen. Solche bekommt nur derjenige, der billiger liefert als seine Konkurrenz. In welchen Preisen ein Konkurrenzkampf führt, wenn viele tausende Familien um das trockene Brot ringen, kann man sich leicht ausmalen. Mancher Korbmacher erhält für seine Ware nicht so viel Geld, wie die Weiden oder das Rohr gelöstet haben. Er muß aber verkaufen, denn zu Hause hungern die Kinder. Herr Krüger spricht in seinem Aufsatz von Stundenlöhnen von 4 bis 6 Pf. Das ist der Verdienst der ganzen Familie, die bis in die Nacht hinein arbeiten muß. Von einem Familienleben ist hier natürlich keine Rede. Herr Krüger bezeichnet die Korbmacherfrauen



Die gekrönten Häupter traten zu neuem Raubzug an, Da stießen sie auf die Front vom wachsamem Arbeitsmann, Märzsturm heute um prunkende Schlösser und prächtige Kronen. Alles dem Volk! Das war die Stimme von über zwölf Millionen.

als „Slaven, die die Woche über bis in die Nacht arbeiten und den Sonntag an der Waschanne stehen müssen“.

Wie ist den Heimarbeitern zu helfen? Herr Krüger will mit seinen Vorschlägen eine Einschränkung der Produktion erreichen. Er hofft, wenn weniger Korbwaren auf den Markt kommen, die Preise dafür steigen, was auch den Heimarbeitern zugute kommen würde. Wir bezweifeln das. Es ist nicht recht klar, welche Preise Herr Krüger erhöht wissen will. Die Korbwarenpreise des Einzelhandels sind doch gerade hoch genug, sie sind schon viel zu hoch. Eine weitere Erhöhung würde den Absatz noch mehr erschweren, als das heute schon der Fall ist. Daß die Heimarbeiter von einer solchen Entwicklung Vorteile haben könnten, ist doch ausgeschlossen. Worauf es ankommt, ist die Beschneidung der Reijenverdienste der Verlagsgeschäfte und anderer Unternehmer zugunsten der Heimarbeiter. Die Unternehmer müssen die von den Heimarbeitern gelieferte Ware besser bezahlen. Hier ist eine Preiserhöhung notwendig. Die Verlagsgeschäfte verdienen reichlich gut, so daß sie den Heimarbeitern mehr zahlen können, ohne daß auch sie ihre Preise erhöhen müßten. Das darf nicht geschehen, denn mit einer Vertierung der Korbwarenpreise im Einzelhandel ist den Heimarbeitern wie auch der ganzen Industrie nicht geholfen. Eine solche Preiserhöhung würde im Gegenteil die heutige Absatzkrise noch verstärken.

Wir möchten annehmen, daß auch Herr Krüger keiner allgemeinen Preiserhöhung für Korbwaren das Wort reden will, sondern daß er der gleichen Ansicht ist wie wir, daß nur die Heimarbeiter besser bezahlt werden müssen. Wie kann das nun erreicht werden? Herr Krüger ruft den Heimarbeitern zu: „Organisiert euch, helft mit am Aufstiege!“ Jawohl, die Heimarbeiter müssen sich organisieren, aber nicht in irgendeinem Vereinchen, sondern im Deutschen Holzarbeiter-Verband. Nur wenn die Heimarbeiter als gewerkschaftliche Macht auftreten, werden sie die Unternehmer zwingen können, höhere Preise zu zahlen. Das ist der Weg, der gegangen werden muß, und der herausführt aus dem furchtbaren Elend.

Zu diesem Thema erhalten wir folgende Zuschrift:

An den traurigen Erwerbsverhältnissen in der Korbwarenindustrie haben die Unternehmer viel schuld. Diese sind seit Jahren bestrebt, den Lohn so tief wie möglich zu drücken. Die gelernten Korbmacher werden immer mehr verdrängt, dafür werden Arbeiterinnen eingestellt, die billiger arbeiten und sich vieles bieten lassen, was die Männer rundweg ablehnen. Die Arbeiter werden nach allen Regeln der Kunst ausgenutzt. Wenn die Unternehmer glauben, durch Beschäftigung von Heimarbeitern mehr zu verdienen als mit den Arbeitern im Betrieb, wird dieser einfach stillgelegt. Wer die den Heimarbeitern gezahlten Preise für ihre Ware kennt, der wundert sich nicht über die immer schlechter werdende Qualität der Korbwaren. Die Unternehmer jammern darüber, sie wollen aber nicht begreifen, daß ein halb verhungerner Arbeiter keine Qualitätsarbeit leisten kann. Wenn es dem Verband der Korbindustriellen mit seinen Worten über die Hebung der Qualität der Korbwaren Ernst ist, dann muß er seine Mitglieder anhalten, den Heim-

arbeitern Preise zu zahlen, die diesen ein Leben als Mensch ermöglichen. Das wird er aber nicht tun; die Heimarbeiter werden ihr elendes Leben solange weiter führen müssen, bis sie sich selbst aufraffen. Die Unternehmer haben eine geschlossene Organisation, die Heimarbeiter aber sind uneinig. Das muß anders werden, darum hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Gewerkschaftliches.

Die Christen und die gewerkschaftliche Zerspaltung.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ ist das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Sie ist stets für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten im Gegensatz zu der katholischen Arbeitervereinsbewegung Berliner Richtung. Ihrer Einstellung entsprechend hat sie sich lebhaft um das Erstarken der christlichen Gewerkschaften bemüht. In neuerer Zeit hat sie, ohne die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen, wiederholt der Erkenntnis Ausdruck gegeben, daß die Zerspaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in verschiedene Richtungen der Sache der Arbeiterschaft nicht förderlich ist. Zu dieser Erkenntnis zu gelangen, gehört nicht viel Verstand, aber für ein christliches Organ um so mehr Mut, es auszusprechen. Bei der Leitung der christlichen Gewerkschaften hat dieses Bekenntnis in der Tat höchstes Mißfallen ausgelöst. Sie hat sich von der Leitung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands bestreiten lassen, daß diese den Inhalt der fraglichen Gewerkschaftsartikel der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ nicht deckt. Damit hat das „Zentralblatt“ die Möglichkeit gewonnen, gegen die Einheitsbestrebungen der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ vom Leder zu ziehen, ohne befürchten zu müssen, bei den geistlichen Oberen der katholischen Arbeitervereine anzuecken.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ hat in einem Artikel, aus dem das „Zentralblatt“ ein größeres Stück zitiert, u. a. geschrieben: „Die deutsche Arbeiterschaft bietet noch ein jämmerliches Bild der Zerspaltung. So etwas gibt es nicht mehr in der Welt und kann und wird es auf die Dauer auch in Deutschland nicht geben. Wir sind sicher: Was die Vernunft einsichtiger Arbeiter und Arbeiterführer bisher nicht erreicht hat, das wird die Unvernunft kapitalistischer Gewaltherrn zuzewe bringen: Die Arbeiterschaft wird zum mindesten gewerkschaftlich in eine Front gepreßt. Ob das jeder Führer will oder nicht, es wird kommen! Nicht wir, sondern die rohe Rücksichtslosigkeit, die gegen die Arbeiter aufgestanden ist, und die Verständnislosigkeit, die ein sogenanntes „christliches Bürger-tum“ ihnen entgegenbringt, wird ein Einigungswert vollbringen, das alle Arbeiter umfaßt.“ Das sind Worte, die jeder, dem es Ernst ist um den Fortschritt und den Erfolg der Arbeiterbewegung, mit gutem Gewissen unterschreiben kann.

Nicht also das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“. Entrüstet stellt es fest, daß der Artikel kein Wort enthält, das die katholischen Arbeiter auffordert, die christlichen Gewerkschaften zu stärken. Sehr unverblümt wird der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ gesagt, daß sie sich nicht um Dinge kümmern soll, die sie nichts angehen, und die organisatorischen Fragen der christlichen Gewerkschaften unterlägen nicht ihrer Kompetenz. Diese Entrüstung ist verständlich; es ist bitter für die christliche Gewerkschaftsbewegung, sich von einer Stelle, von der sie bisher nur lebhafteste Förderung erfahren hat, sagen lassen zu müssen, daß sie im Grunde keine Existenzberechtigung besitzt, daß der Arbeiterschaft nicht konfessionelle Zerspaltung, sondern Einigkeit not tut, der die Existenz christlicher Gewerkschaften hindernd im Wege steht.

Die Gründe für die Aufrechterhaltung einer selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung sind fadenscheinig, und alle Sophisterei, die darauf verwandt wird, ist nicht imstande, sie einleuchtend zu machen. Die wahren Gründe dürfen eben nicht ausgesprochen werden, damit die Anhänger nicht kopfscheu werden. Die Hintermänner der christlichen Gewerkschaftsbewegung fürchten nichts mehr als die Einigkeit der Arbeiterschaft, die sie unüberwindlich machen würde. Die Stützen des kapitalistischen Systems verfahren nach dem alten Grundsatz: „Teile und herrsche.“ Je mehr sich die Arbeiter gegenseitig bekämpfen, desto gesicherter ist die Herrschaft des Kapitals. Der katholischen „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ ist es hoch anzurechnen, daß sie den Mut hatte, den Finger in die offene Wunde zu legen. Einen unmittelbaren Erfolg wird dieser Vorstoß allerdings schwerlich haben. Die Mächte in der katholischen Welt, die ein Interesse an der Erhaltung der Arbeiterzerspaltung haben, werden Mittel finden, dem unbequemen Mahner einen Maulkorb anzulegen. Aber symptomatisch ist dieser Vorstoß trotzdem.

Stärkung der Gewerkschaftskassen.

In allgemeiner Erinnerung ist noch die Notlage, in welche die deutschen Gewerkschaften geraten waren, als die Inflation ihr Vermögen vernichtet hatte. Nachdem diese schlimmste Zeit überwunden war, zeigte sich überall das Streben, möglichst bald in die Lage zu kommen, die sozialen Unterstützungen wieder in Kraft zu setzen, deren Auszahlung infolge der schwierigen Finanzlage unmöglich geworden war. In der zweiten Hälfte des Jahres 1924 konnte in den meisten Organisationen damit begonnen werden, und in der Folgezeit wurde das Unterstützungswesen allmählich wieder in normaler Weise ausgebaut.

Nun hat die seit längerer Zeit anhaltende ungeheure Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften wieder in finanzielle Nöte gebracht. Der gewaltige Ansturm der Erwerbslosen an die Kassen der Gewerkschaften zwingt diese zu außerordentlichen Maßnahmen, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Einige Verbände sind bereits dazu übergegangen, Extrabeträge zu erheben. Einen anderen Weg ist der Metallarbeiter-Verband gegangen. Nach einem im vorigen Jahre gefaßten Beschluß sollten die Unterstützungsätze vom 1. April an erheblich erhöht werden. Infolge der großen Steigerung der Zahl der Erwerbslosen ist die Durchführung dieses Beschlusses vorerst vertagt worden. Der christliche Holzarbeiter-Verband will seine Einnahmen steigern durch eine Erhöhung der laufenden Beiträge. Nach einer Bekanntmachung seines Vorstandes ist jedes Mitglied verpflichtet, vom 28. März an in eine um mindestens zwei

Stufen höhere Beitragsklasse einzutreten. Bisher beträgt der Wochenbeitrag wie in unserem Verband das 1 1/2fache eines Stundenlohnes.

Sicher wird auch in den meisten anderen Gewerkschaften erwogen, wie der Kalamität zu steuern ist, die durch das Mifflverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben hervorgerufen wurde.

Sicher wird auch in den meisten anderen Gewerkschaften erwogen, wie der Kalamität zu steuern ist, die durch das Mifflverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben hervorgerufen wurde.

Der Keramische Bund.

Die Verhandlungen zur Verschmelzung der Verbände der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter...

Zur endgültigen Beschlußfassung über die vorzunehmende Verschmelzung beruft der Glasarbeiter-Verband auf den 7. Juni eine Generalversammlung nach Götting.

Unternehmerbewegung.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die sozialpolitische Zentrale der deutschen Unternehmerverbände hat im letzten Jahre einigen Verdruf erlebt.

schaffet, ist übrigens in der Vereinigung schon alt, auch der Vorgänger des Schubert ist von seinem Amte entfernt worden, als er es gar zu arg getrieben hatte.

Nicht lange danach kam die Affäre mit der berühmten „Altennotiz“ des Geschäftsführers Dr. Meißinger.

Da kam zum Ueberfluf die fatale 5000-Mark-Affäre. Der christliche Landarbeiter-Verband, an dessen Spitze die deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Mayer stehen...

Immerhin hat die ganze Angelegenheit dem Herrn v. Zengen doch das Genick gebrochen, er ist aus seiner Stellung bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände entlassen worden.

Alle die unangenehmen Erfahrungen der letzten Zeit dürften auf der Sagung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 11. und 12. März Gegenstand der Erörterung gewesen sein.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände steht nach wie vor in unerhörlichem Gegensatz zu den Arbeitern

und ihren Organisationen. Es wirkt geradezu widerwärtig, wenn diese Einstellung durch heuchlerische Redensarten zu bemänteln gesucht wird.

„Meine Auffassung, meine Serren, und damit glaube ich auch die Ihre auszuspochen, ist die, daß die beste Sozialpolitik allemal in einer möglichst weitgehenden Förderung der Wirtschaft besteht...

Unter „Förderung der Wirtschaft“ versteht das Unternehmertum, das seine Vertretung in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände findet, Steigerung des Profits.

Die Vorgänge der letzten Monate haben der Zentrale des Unternehmertums eine starke Einbuße an moralischer Ansehen gebracht.

Literarisches.

Alle nachstehend angelegten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH...

Der kleine Brochhaus, Handbuch des Wissens in einem Band. Preis: in Halbleinen gebunden 30 Mk., in Halbfranz 30 Mk.

Beruf und Erziehung. Von Prof. Dr. Anna Siemsen. 224 Seiten. Preis: kartoniert 3,50 Mk., in Ganzleinen 4,50 Mk.

Die Wirtschaftskunde mit Aufgaben der „Frankfurter Zeitung“ unter Mitwirkung von Ernst Hahn. Heft 1, Jahrgang 1926.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft 3, 1926.

Jugend-Liederbuch. 7. Auflage. 350. bis 400. Tausend. Zusammenge stellt von August Albrecht. 176 Seiten.

Jg. Bau- u. Möbelschiler. Lehren und Lehren, jede Entlohnung...

Alles zur Laubsägerei. Alle Holz- und Holzwerkzeug-Verkäufe...

Nobelbänke. 2 Meter, Preis 300,- bis 550,- Mark.

Nobelbänke. 2 m bis 3 m, H. Dregger, Heilmünde.

Kollegen! Nobelbänke. In bester Ausführung, Preis 20,- bis 50,- Mark.

Gesucht werden Fachleute für den Bau von Holzwerkzeugen...

Tischlererschule. Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt...

Patent. Broschüre, die Selbstverwirklichung, erhält jeder gratis.

Wir empfehlen: Fachzeichnen des Tischlers.

Holzverbindungen und Hilfskonstruktionen. Von R. Anger, Fachlehrer.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Berlin SO. 16.

Leim- u. Furnieröfen. fertige als Spezialität (Preis gratis).

Engl. Bildhauer-Werkzeuge. Verlangen Sie sofort neue Preise.

Poliervatte. Christ. Wunsmann, Rabenau in Sa.

Seder vorwärtsstrebende Tischler. Ist ständiger Leser des...

Fachblatt für Holzarbeiter. Mitglieder des Verbandes beziehen das Fachblatt...

Oval- u. Stangen-Zirkel. zum Ziehen von Kreisen u. Ovalen...

Der beste Putzhobel. mit stets kleinem Maul u. nachstellbarem Keil.

Wir empfehlen: Die Intarsia. Ihre technische und künstlerische Gestaltung...

Don A. Weinsheimer, Intarsiator, Berlin. 76 Abbildungen mit 125 Einzelmotiven...

Preis 4 Mk., für Mitglieder des Verbandes (jedoch nur beim Bezug durch die Verwaltungsverstelle) 2,60 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH. Berlin SO. 16.

M. Waiter, Abt. Werkzeugfabrik. Bresden 27, Rehefelder Straße 53.

Die Intarsia. Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung.

Don A. Weinsheimer, Intarsiator, Berlin. 76 Abbildungen mit 125 Einzelmotiven...

Preis 4 Mk., für Mitglieder des Verbandes (jedoch nur beim Bezug durch die Verwaltungsverstelle) 2,60 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH. Berlin SO. 16.

M. Waiter, Abt. Werkzeugfabrik. Bresden 27, Rehefelder Straße 53.